

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **60 (1973)**

Heft 22

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

der vor fünfzig und mehr Jahren höchstens im etwas resignierten Ton des zukünftigen Lehrers unterschied. Im übrigen demonstrierte sich reinster Traditionalismus auf langweilige Art.

Das Erstaunliche liegt nun erstens darin, daß die offenbare Stagnation zwar mit modernsten technologischen Mitteln gefilmt und dem Unterrichtenden sowie seinen Kollegen zur Beobachtung des Lehrverhaltens vorgeführt wurde, daß aber zweitens im Gespräch nicht das Antiquierte der Methode und deren Hilfsmittel, sondern im Gegenteil Verstöße gegen die traditionelle Unterrichtsweise kritisiert wurden. Wie die Schwäche der Lektion gerade mit technologischen Mitteln hätte überwunden werden können, stand nie zur Diskussion. Statt der psychologischen «Verhaltensforschung» an zukünftigen Lehrern, die auf ausgefahrenen Geleisen auf die Reise geschickt werden, wäre der technologische Aufwand besser

eingesetzt, wenn der Lehrinhalt selbst durch das Medium auf ledendige Art vorgestellt worden wäre.

Technologie als autopsychologischer Faktensammler zur Einübung in die Pose des Lehrers, auf Kosten des Unterrichtsgehalts? Schon die Frage ist ein Hinweis auf die Gefahr, daß die Bildungsinhalte unter dem technologischen Gestänge und der Manie des show-business ebensogut ersticken können wie Teile unserer Umwelt unter dem Industrieschutt. Inweltsleere inthronisiert dann auf psychologistische Art als Gehalt, was in subtiler Dosierung bloßes Hilfsmittel bleiben muß. Wo es sich mit Hilfe der Manager als Kothurn für menschliche und allzumenschliche Posen und Illusionen unterschiebt, zeigt es sofort den krebsartig um sich greifenden Herrschaftsanspruch, womit sich die verschulte Gesellschaft nolens volens wie ein Schwamm vollsaugt.

Hermann Zingg

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Eine halbe Million Stipendien und Darlehen für Auslandschweizer

Das Ausbildungswerk für junge Auslandschweizer (AJAS) hat im Geschäftsjahr 1972/73 Stipendien und Darlehen in einer Gesamtsumme von 575 212 Franken gewährt (Vorjahr: 441 940 Franken).

CH: Revision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung

Im Beisein von Vizedirektor Hans Dellspurger vom Biga hat sich die Deutschschweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK) in Brunnen an ihrer Herbstkonferenz unter der Leitung von Dr. Otto Nickler (Bern) eingehend mit der Revision des Bundesgesetzes über die Berufsbildung befaßt. Im Rahmen der DBK war eine Kommission (Vorsitz Hans Monstein, St. Gallen) in den letzten Wochen daran, die aus der Sicht der Vollzugsorgane sich aufdrängenden Änderungsvorschläge zu erarbeiten. Dabei wurden Postulate zur Verbesserung der Berufsbildung formuliert. In Brunnen hat nun das Konferenzplenum die Vorschläge der Kommission Monstein diskutiert und einen Gesetzesentwurf verabschiedet, der nach einem Bereinigungsverfahren

zwischen der DBK und der Berufsbildungsämter-Konferenz der Westschweiz und des Tessins noch im Laufe dieses Jahres den Bundesbehörden und der Öffentlichkeit präsentiert werden wird.

CH: Unesco-Kommission für Delegierten für Jugendfragen

Die Sektion Jugend der Nationalen Schweizerischen Unesco-Kommission empfiehlt dem Bundesrat und dem Parlament, die im Bericht des Eidgenössischen Departementes des Innern «Vorschläge und Überlegungen zu einer schweizerischen Jugendpolitik» vorgeschlagenen Maßnahmen – insbesondere die Ernennung eines Delegierten für Jugendfragen – möglichst bald zu realisieren.

CH: Neuer Präsident der Erziehungsdirektoren-Konferenz

Ständerat H. Hürlimann zurückgetreten

Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren hat unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Ständerat Hans Hürlimann, Erziehungsdirektor des Kantons Zug, in Genf getagt. Anstelle von

Hürlimann, der nach sechsjähriger Tätigkeit sein Amt niederlegte, wurde der Zürcher Regierungsrat und Erziehungsdirektor Alfred Gilgen gewählt. Die Konferenz nahm Stellung zu Fragen der inneren Schulkoordination, wie Fremdsprache- und Mathematikunterricht, hieß Empfehlungen für die Erleichterung des Schulübertritts zwischen Kantonen gut und befaßte sich mit Fragen der Mittelschul- und Hochschulpolitik.

CH: 4,6 Milliarden Franken für Unterricht und Forschung

Die Aufwendungen für Unterricht und Forschung stellen im Gesamthaushalt von Bund, Kantonen und Gemeinden mit Abstand den größten Ausgabenposten dar. 1971 wurden für diese Zwecke insgesamt 4599 Millionen Franken ausgegeben, d. h. 22 Prozent mehr als im vorangegangenen Jahr. 49,7 Prozent entfielen auf die Volksschule, 23,4 Prozent auf Hochschule und Forschung, 12,8 Prozent auf die Mittelschulen, 11,6 Prozent auf das berufliche Bildungswesen und 2,5 Prozent auf andere Bildungsaufgaben. Innert fünf Jahren hat sich der öffentliche Unterrichts- und Forschungsaufwand nahezu verdoppelt. Pro Kopf der Bevölkerung machte er im Jahre 1971 rund 734 Franken aus gegenüber 398 Franken im Jahre 1966.

CH: Um bezahlten Bildungsurlaub

Der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für Erwachsenenbildung (SVEB) hat am 24. Oktober mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Nationalrat in seiner letzten Session mit 80 zu 47 Stimmen das Postulat von Schmidt (St. Gallen) abgelehnt hat, welches vom Bundesrat die Vorbereitung von Rechtsgrundlagen für einen bezahlten Bildungsurlaub verlangt hatte. In einem Communiqué wird erklärt, daß die Mitglieder der SVEB in ihrer Arbeit immer wieder feststellen, daß Tageskurse von ein- oder mehrtägiger Dauer ein Maximum an Lern- und Bildungserfolg bringen und Abendkursen vorzuziehen sind. Der Bundesrat hätte bei Entgegennahme und Beantwortung des Postulats zum mindesten die Möglichkeit gehabt, den Stand der vertraglichen Regelung dieser Materie – auf welchen er so großen Wert legt – gesamtschweizerisch darzustellen. Das hätte möglicherweise Lücken zutage gefördert, aber auch erfreuliche Beispiele, die neue Impulse hätten auslösen können. Die SVEB hofft, daß die Frage erneut aufgeworfen wird, wobei das Ziel nicht nur die Schaffung von Rechtsgrundlagen (Rahmengesetz) sein sollte.

ZH: Übertrittsorientierung für Volksschüler

In zweiter Auflage ist die Orientierungsschrift «Volksschüler – wohin?» erschienen, zusammen-

gestellt von der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, herausgegeben vom Lehrmittelverlag des Kantons Zürich. Gleichzeitig wird auch wieder die italienische Fassung «Il tuo domani: possibilità e scelte gli alunni della scuola pubblica» abgegeben.

In beiden Schriften sind in knapper, übersichtlicher Art die Übertrittsmöglichkeiten aufgezeigt, die dem Sechstkläßler sowie dem Zweit- und Drittkläßler der Volksschuloberstufe offenstehen. Eine graphische Darstellung veranschaulicht den Aufbau des zürcherischen Schulsystems; eine Karte enthält die Standorte der Werkjahrschulen, der Berufs- und Mittelschulen; Adressenverzeichnisse der Mittelschulen und der Berufsberatungsstellen weisen den Weg zu persönlicher Beratung; und über das Stipendienwesen ist ein Artikel im allgemeinen Teil aufgenommen.

ZH: Zürcher CVP behandelte Bildungsfragen

An einer informativen Tagung hat sich die Christlichdemokratische Volkspartei des Kantons Zürich in der Paulus-Akademie in Zürich mit Bildungs- und Schulfragen auseinandergesetzt. Prof. Eugen Egger, Genf, äußerte sich eingehend über die allgemeine Bildungspolitik des Bundes und der Kantone. Dabei postulierte er, sich einmal in aller Sachlichkeit die Frage zu stellen: Wozu denn Bildung, was ist Bildung? Eine Frage, die im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Bildungsartikel verhängnisvolle Folgen gehabt habe.

W. Schoop, Zürcher Sekundarlehrer und Mitglied des Initiativkomitees für die Oberstufenreform, referierte über das Modell «Orientierungsstufe».

ZH: Schule für Jugendprobleme

Der in Zürich gegründete Verein «Schule für Jugendprobleme» hat vor kurzem mit seinem ersten Kurs begonnen. Sinn dieser Schule ist es, die mit Jugendproblemen konfrontierten Personen (Jugendbetreuer, Eltern, Lehrlingsausbilder usw.) dahin auszubilden, unsere Jugendlichen und ihre Probleme besser zu verstehen, ihnen zu helfen und den gefährdeten Jugendlichen das Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Die Kurse dauern jeweils 15 Tage und sind auf 3 Monate verteilt.

UR: C-Matura im Blickpunkt

Seit der Einführung des Matura-Typs C am Kollegium Karl Borromäus im Jahre 1970 ist jährlich eine neue Klasse eröffnet worden. Im Schuljahr 1973/74 wird somit bereits die vierte Oberrealklasse (sie entspricht der sechsten Klasse des Gymnasiums A und B) geführt. Die ersten Maturaprüfungen werden im Sommer 1975 abgenommen. Nachdem im Sommer 1973 erstmals Teilmatura-

prüfungen stattgefunden haben, beantragten die Inspektoratskommission Mittelschule und die kantonale Maturitätskommission, gestützt auf die bisherigen positiven Erfahrungen, die Maturitätsprüfungen vom Typus C an der Urner Mittelschule – Kollegium Karl Borromäus – kantonally anzuerkennen. Der Erziehungsrat sprach die Anerkennung formell aus und beauftragte die Erziehungsdirektion gleichzeitig, erneut die erforderlichen Schritte zur eidgenössischen Anerkennung zu unternehmen.

Gemäß Rektorsbericht ist an der Urner Mittelschule (KKB) das Wahlpflichtfachsystem 1973/74 in begrenztem Umfang angegangen. Es gilt nun, erste Erfahrungen zu sammeln.

SZ: Wirtschaftsgymnasium in Immensee

Der Schweizer Regierungsrat hat der Einführung des Wirtschaftsgymnasiums im privaten Gymnasium Bethlehem, Immensee, zugestimmt und Beitragsleistungen nach Maßgabe der Mittelschulgesetzgebung an Schüler aus dem Bezirk Küssnacht, die dort diesen Schultyp besuchen, in Aussicht gestellt. Mit der Anerkennung wurden die Auflagen verbunden, daß die Planungsarbeiten für die Einführung dieses Schultyps in enger Zusammenarbeit mit der Leitung der Kantonschule Kollegium Schwyz, wo die Einführung des Wirtschaftsgymnasiums schon früher angeordnet wurde, aufzunehmen sind und daß dieser Schultyp an beiden Lehranstalten gleichzeitig eingeführt wird.

SZ: Schweizer Kantonsrat heißt Schulkredite gut

Der Schweizer Kantonsrat hat am ersten Sitzungstag seiner außerordentlichen Herbstsession drei Schulkredite in der Höhe von insgesamt 0,6 Millionen Franken nach teilweise ausgiebiger Diskussion gutgeheißen. Wenig erfreut zeigte sich der Rat über den Nachtragskredit von 0,25 Millionen an das Technikum Rapperswil als Beitrag an die Mehrkosten von Maschinen und Ausrüstungsgegenständen. Der Kanton Schwyz hat an den Mehraufwand von 6,55 Millionen, nach Abzug der Bundessubventionen, einen Konkordatsbeitrag von 70 Prozent zu leisten.

Einhellige Zustimmung fand dagegen die Durchführung eines Umschulungskurses für Berufstätige zu Primarlehrern, den die Kantone Schwyz und Uri gemeinsam durchführen wollen. Die Gesamtkosten für den eineinvierteljährlichen und die zweijährige berufsbegleitende Ausbildung belaufen sich auf 0,21 Millionen. Davon entfallen auf den Kanton Schwyz 0,14 Millionen. Bereits liegen 80 Anmeldungen für diesen Kurs vor.

Schließlich wurde einem Kantonsbeitrag von maximal 0,25 Millionen an die Erstellung eines Pavillons mit drei Schulräumen beim Berufsschulhaus Goldau zugestimmt. Vom Bund wird ein Bei-

trag von 45 Prozent erwartet. Damit kann, nach Ansicht des Regierungsrates, der weitere Ausbau des Gewerbeschulhauses um mehrere Jahre zurückgestellt werden.

OW: Jugendliche wollen Kindern helfen

«Wie können wir unsere Arbeit für bedürftige Kinder weiterführen?» Mit dieser Frage haben sich an einer Sitzung in Kerns OW 75 jugendliche Mitarbeiter der «Aktion im Dienste des Bruders» befaßt. Sie hatten im vergangenen Sommer verschiedene Ferienlager für Kinder aus Notwohnungen und ungünstigen Familienverhältnissen der Schweiz und des Auslandes geleitet. Mit Briefen, Lagerzeitungen und Besuchen wollen sie den Kontakt mit den Kindern nun aufrechterhalten und intensivieren.

GL: Erste-Hilfe-Unterricht an den Schulen

Der Regierungsrat hat die Durchführung eines Einführungskurses für die Lehrerschaft zur Erteilung des Erste-Hilfe-Unterrichts betreffend lebensrettende Sofortmaßnahmen an den Schulen beschlossen. Für die Lehrer der Oberstufen ist der Kursbesuch obligatorisch. Der Kanton übernimmt die Kosten.

FR: Studentenzahl auf dem Kulminationspunkt

In Stans tagte der Hochschulverein der Universität Freiburg unter dem Vorsitz seines Präsidenten, alt Bundesrat Dr. Ludwig von Moos, Bern. Der Verein nahm Kenntnis vom guten Ergebnis des Hochschulopfers am ersten Adventssonntag. Staatsrat Dr. Aebischer, Freiburg, orientierte über die Hochschulbauten in Freiburg, die gegenwärtig im Gang sind. In einem öffentlichen Vortrag sprach Dr. Norbert Bischof, Administrator der Universität Freiburg, über die Selbstverwaltung der Universitäten. Dabei stellte er die hypothetische Feststellung auf, daß es im Jahre 1991 nicht mehr Studenten an den Hochschulen geben werde als 1972, da die Geburtenzahl rückläufig sei. Diese Meinung dürfte, wie der Referent ausführte, zu verschiedenen Diskussionen Anlaß geben, nicht zuletzt mit den neu geplanten Hochschulen Luzern und Aargau.

SO: Pausenapfelaktion in den Schulen

Bei der im Winter 1972/73 durchgeführten Pausenapfelaktion wurden rund 68 000 Kilogramm oder rund 544 000 Äpfel an die Schulen geliefert, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 6500 Kilogramm oder 52 000 Znüniäpfeln bedeutet. Dies stellen das Erziehungsdepartement und das Sanitätsdepartement in einem Schreiben an die Schulbehörden und Rektorate fest, mit dem die Pausenapfelaktion 1973/74 angekündigt wird.

Der Apfel sei eine ideale Zwischenverpflegung und ein bekömmlicher Ersatz für Schleckwaren aller Art, und gleichzeitig eine wertvolle zusätzliche Prophylaxe-Maßnahme gegen Zahnkaries und Zahnfleischerkrankungen. Es sei daher zu wünschen, daß der Pausenapfel noch weitere Verbreitung finde und daß sich im kommenden Winter noch mehr Schulbehörden und Lehrkräfte des Kantons für die Durchführung der Pausenapfelaktion einsetzten.

So: Sexualerziehung in der Schule

Einstimmig bejaht hat die Pädagogische Kommission des Solothurner Kantonallehrervereins die Notwendigkeit der geschlechtlichen Erziehung durch die Schule. Aber nur die Jugend kann zu verantwortungsbewußten Menschen herangezogen werden, die eine Gesamterziehung durchmacht. Und um diese zu erreichen, ist die enge Zusammenarbeit mit dem Elternhaus vorrangig.

BS: Basler Souverän sagte nein zur «Neuen Schule»

Bei erwartungsgemäß bescheidener Stimmbeteiligung (zwischen 24,61 und 25,14 Prozent – nicht alle Stimmenden äußerten sich zu allen Vorlagen) lehnte der Souverän des Kantons Basel-Stadt die drei Geschäfte des ersten Novemberwochenendes ab. Am besten weg kam dabei die Vorlage über das Basler Modell eines Gesamtschulversuchs («Neue Schule»), die mit 14 461 zu 21 531 allerdings ebenfalls recht deutlich abgelehnt wurde.

Im zur Debatte gestandenen Terzett wurden vor allem zum Thema «Neue Schule» bis zur letzten Stunde ideologisch belastete Voten abgegeben, was den von uns nach der Abstimmung befragten profilierten ersten Befürworter, Lehrerseminarrekter Dr. H. P. Müller (FDP), zur Äußerung veranlaßte, es habe sich um eine Debatte zwischen befürwortenden Fachleuten und verwerfenden Nichtfachleuten gehandelt.

SG: Ablehnung der Gesamtschule

Der Sanktgaller Regierungsrat hat der von Fachgremien ausgearbeiteten Oberstufenreform der Volksschule zugestimmt. Einen ersten Niederschlag findet die Oberstufenreform im Entwurf zum 4. Nachtragsgesetz zum Erziehungsgesetz. Der Regierungsrat hat in seinen Beschlüssen zur Oberstufenreform die integrierte und differenzierte Gesamtschule abgelehnt und sich für die additive Gesamtschule in Form von Oberstufenzentren entschieden.

Diese regionalen Oberstufenzentren fassen räumlich und organisatorisch die Sekundarschule, die Abschlußklassen und die Hilfsschule (7. bis 9.

Schuljahr) zusammen. Der Unterricht der einzelnen Schultypen bleibt getrennt, er wird jedoch differenziert (fächerübergreifende und fachspezifische Differenzierung). Das Schwergewicht der Oberstufenreform liegt bei der Integration der Abschlußklassen in den Oberstufenzentren. Die Abschlußklassen sollen damit sozial und schulisch aufgewertet werden.

SG: Technikum Rapperswil: Massive Kostenüberschreitung

Die Baukosten des Technikums Rapperswil SG liegen 17,5 Millionen Franken höher als ursprünglich veranschlagt. 1967 rechnete man mit Bruttoanlagekosten von 36,5 Millionen Franken. Das Interkantonale Technikum in Rapperswil hat im letzten Jahr seinen Betrieb aufgenommen.

TG: Kantonsschulinitiative des Landesrings

Der Vorstand des Landesrings Thurgau hat einstimmig beschlossen, eine Initiative zur Änderung des Kantonsschulgesetzes zu starten. Hauptziel ist der Zusammenschluß der beiden neuen Kantonsschulen Romanshorn und Kreuzlingen zu einer Schule an einem Standort. Im Interesse der Randgebiete des Kantons soll im weiteren die Koordination mit Nachbarkantonen gefördert werden.

AG: Fakultatives 9. Schuljahr ab 1974

Ab Frühjahr 1974 werden vorerst sechs Klassen im Kanton Aargau mit dem fakultativen neunten Primarschuljahr geführt. Für die vierte Sekundarschulklasse hat das kantonale Erziehungsdepartement bisher 24 Bewilligungen erteilt. Wie der aargauische Informationsdienst dazu bekanntgab, erfolgt gleichzeitig auch die Einführung neuer Unterrichtsfächer in der Primaroberstufe und Sekundarschule. In der Primaroberstufe soll für die sechste bis neunte Klasse versuchsweise Französisch gelehrt werden, Italienisch ist für die sechste bis neunte Klasse vorgesehen. In der Sekundarschule sollen Italienisch und Englisch in der dritten und vierten Klasse versuchsweise eingeführt werden. Neu kommen ferner Instrumentalunterricht und Kochkurse für Knaben hinzu.

AG: Aargauer Freisinnige gegen Gesamtschulversuche

An einer Arbeitstagung in Lenzburg zur Beratung des aargauischen Regierungsprogramms 1973 bis 1977 hat sich die Freisinnige Partei des Kantons Aargau eindeutig gegen die Durchführung von Versuchen mit integriert-differenzierten Gesamtschulmodellen ausgesprochen. Dagegen wird die räumliche und organisatorische Zusammenlegung

der verschiedenen Oberstufenzüge begrüßt, da so mit dem im Gesetz bereits fixierten Kreis- schulgedanken eine «gesunde Evolution» möglich sei. Abgelehnt wurde auch die Einführung des hauptamtlichen Inspektoratswesens für die Volk- schule, wie es im Regierungsprogramm vorge- schlagen wird.

AG: Schulfragen vor dem Großen Rat

Der Entwurf eines neuen aargauischen Schulge- setzes kann dem Großen Rat im Verlaufe dieses Jahres nicht mehr vorgelegt werden, erklärte Er- ziehungsdirektor Arthur Schmid im aargauischen Parlament. Die Expertenkommission hat ihre Ar- beiten zwar abgeschlossen, doch untersteht der Entwurf einer gründlichen Prüfung durch das Er- ziehungsdepartement. Anschließend soll noch ein Vernehmlassungsverfahren eingeleitet werden. Auf sich warten läßt auch das seit Jahren vom Großen Rat geforderte Schulleitbild. Es gelte vor- erst, mit dem zur Diskussion stehenden Regie- rungsprogramm die genaue Marschrichtung fest-

zulegen, bevor man an die definitive Ausarbei- tung des Leitbildes herantreten könne, erklärte Departementssekretär Paul Müller auf Anfrage. Zu den Berufsschulen und zur Beruflichen Aus- bildung räumte Erziehungsdirektor Schmid ein, daß bisher die Berufsbildung gegenüber der Mit- tel- und Hochschulbildung benachteiligt gewesen sei. Eine Korrektur dieser Situation sei jedoch weitgehend eine Sache, die der Bund vorzuneh- men habe.

GR: Einheitlicher Herbstschulbeginn in ganz Graubünden

In einer an das Erziehungsdepartement des Kan- tons Graubünden gerichteten Resolution verlangt die Kantonalkonferenz des Bündner Lehrerver- eins die für den ganzen Kanton geltende einheit- liche Festsetzung des Schulbeginns auf den Herbst. Nach den Worten des kantonalen Erzie- hungsdirektors, Regierungsrat Tobias Kuoni, soll dieser Forderung spätestens auf das Schuljahr 1975/76 vollumfänglich entsprochen werden.

Zum Rücktritt von Zentralpräsident Josef Kreienbühl



An der DV in Einsiedeln ist Josef Kreien- bühl als Zentralpräsident des KLVs zurück- getreten. Sein Rücktritt kam nicht überra- schend, denn wir alle wußten, daß es dieses Mal auch die eindringlichsten Appelle nicht mehr schaffen würden, den des Amtes mü- de gewordenen und mit Arbeit überlasteten Präsidenten von seinem Entschluß abzu- bringen.

Josef Kreienbühl hat während sieben Jah- ren unseren Verein geleitet. Er tat das mit der ihm eigenen Zielstrebigkeit und initiati- ven Kraft und einem Engagement ohneglei- chen. Glanzpunkte seiner Präsidialzeit wa- ren die 75-Jahr-Feier unseres Vereins, die Herausgabe einer Festschrift und die Schaf- fung des Kulturpreises des KLVs, die Reor- ganisation der Verbandsleitung und die Er- richtung eines Zentralsekretariates an der Gotthardstraße in Zug, dem die Administra- tion der «schweizer schule» eingegliedert wurde. Dies war insbesondere möglich ge- worden durch den mit der Firma Kalt-Zehn- der abgeschlossenen neuen Vertrag betref- fend Druck und Inseratenacquisition unse- rer Vereinszeitschrift. Besondere Erwäh- nung verdient die vom scheidenden Zentral-